

# WENIG FORTSCHRITT GEWAGT

**Halbzeitbilanz der Ampel-Koalition**



# WENIG FORTSCHRITT GEWAGT

## Halbzeitbilanz der Ampel-Koalition

### Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace arbeitet international und kämpft mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik und Wirtschaft. Mehr als 620.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt, der Völkerverständigung und des Friedens.

---

#### Impressum

**Greenpeace e.V.** Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, T 040 30618-0 **Pressestelle** T 040 30618-340, F 040 30618-340, presse@greenpeace.de, greenpeace.de **Politische Vertretung Berlin** Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, T 030 308899-0 **Vi.S.d.P.** Benjamin Stephan **Gestaltung** Daniel Müller **Fotos** Titel: © Michael Kappeler / dpa / picture alliance; © Maximilian König (S. 4); © Dominik Butzmann (S. 7); © Bundesministerium der Finanzen / Photothek (S. 11); © gruene.de (S. 14); © Bundesregierung / Jesco Denzel (S. 17); © BMEL / Janine Schmitz / Photothek (S. 20); © BMUV / Klaus Mellenthin (S.23); © Henning Schacht (S.25); © Nds. Ministerium für Inneres und Sport, Bildrechte: MI (S.27)  
**Stand 11/2023 S04691**

# Wenig Fortschritt gewagt – Halbzeitbilanz der Ampel-Koalition

**Viel gewollt, viel zerredet, einiges erreicht - und zuletzt vom Bundesverfassungsgericht zerpfückt. Das ist die Bilanz der Ampelregierung in den Feldern Klima, Umwelt, Frieden und Sicherheit zwei Jahre nach dem Start.**

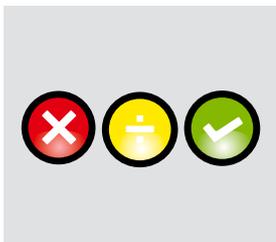
Vergleicht man die Legislaturperiode mit einem Marathon, dann sind SPD, Grüne und FDP mit ihrem Koalitionsvertrag unerwartet gut gestartet. Doch schon nach wenigen Metern waren sich die drei Parteien uneins über das Ziel des Laufs, auf welchem Weg es zu erreichen ist und wie viel Tempo es dafür braucht. Einen Teil der Erklärung dafür liefern die äußeren Bedingungen. Die neue Regierung hatte nicht nur mit den Folgen der Corona Pandemie und der sich verschärfenden Klimakrise zu kämpfen, sondern kurz nach ihrem Antritt auch mit denen des russischen Überfalls auf die Ukraine. Erderhitzung, Energieknappheit, Inflation, Engpässe bei wichtigen Ressourcen und die Verschiebung der geopolitischen Gewichte: Wohl keine Regierung der vergangenen Jahrzehnte sah sich bei ihrem Start größeren Herausforderungen ausgesetzt.

Doch dass die ambitionierten Ziele des Koalitionsvertrags bislang nur begrenzt umgesetzt wurden, ist nicht allein äußeren Umständen geschuldet. Es ist auch Folge kompromissloser Parteipolitik, öffentlichen Streits, mangelnder Führung und handwerklicher Schwächen. Letztere macht das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts besonders deutlich. Es kippt die Zuweisung von Corona-Kreditermächtigungen an den Klima- und Transformationsfonds (KTF) und schmälert den finanzpolitischen Spielraum der Ampel damit um 60 Milliarden Euro. Damit stehen nicht nur zahlreiche Zukunftsprojekte für mehr Klimaschutz in Frage, sondern die Handlungsfähigkeit der Ampel insgesamt.

Das Ergebnis ist deutlich sinkender Rückhalt in der Bevölkerung für die drei Koalitionäre, begleitet von einem Erstarren des rechten politischen Rands. Die Gesellschaft erlebt eine Phase der Polarisierung, Klimaschutz verliert an Zustimmung.

Es ist eine Situation, in der allen voran Bundeskanzler Olaf Scholz gefordert wäre, sich dem Rechtsruck nicht nur mit klaren Aussagen entschlossen entgegenzustellen, sondern auch, indem er die sozial-ökologisch und friedenspolitischen Versprechen des Koalitionsvertrags erfüllt. Doch der Kanzler wagt sich auf diesem Feld nur an wenige Baustellen heran – den größeren weicht er aus.

In seinem Kabinett gibt es Licht und Schatten. Die Ausbauziele für erneuerbare Energien wurden drastisch angehoben, viele Hindernisse aus dem Weg geräumt. Zugleich aber wurden an anderen Stellen von der Wohnungswirtschaft über die Agrarindustrie bis zur Verteidigung potenziell umwelt- und klimaschädliche Entscheidungen getroffen, die auch durch die veränderten geopolitischen Rahmenbedingungen nicht zu rechtfertigen sind.



**Greenpeace hat für diese Halbzeitbilanz die zentralen ökologischen sowie friedens- und sicherheitspolitischen Beschlüsse des Koalitionsvertrags zur Messlatte für die Politik des Kanzlers und der maßgeblich damit befassten Ministerien gemacht. Auch wesentliche Pläne und Beschlüsse jenseits des Koalitionsvertrags flossen in eine Bewertung ein. Sie erfolgt passenderweise nach dem Ampelsystem: Rot steht für verfehlte Ziele und Rückschritte, Gelb für Teilerfolge, Grün für zumindest weitgehend erreichte Ziele.**

Schon ein kurzer Blick zeigt: Bei den meisten Minister:innen und dem Kanzler stehen die Ampeln in vielen Teilbereichen auf Rot. Die selbsterklärte Fortschrittskoalition liefert bislang nur Stop-and-go.



# Bundeskanzler: Olaf Scholz (SPD)

## Topthemen aus dem Koalitionsvertrag

| Was der Koalitionsvertrag verspricht   | Was die Ampel zur Halbzeit davon umgesetzt hat   | Greenpeace-Bewertung   | Ampelfarbe |
|--|--|--|------------|
| <p><b>Klimaschutz</b></p> <p>S. 54 ff:<br/>„Wir werden national, in Europa und international unsere Klima-, Energie- und Wirtschaftspolitik auf den 1,5-Grad-Pfad ausrichten [...] Dabei sichern wir die Freiheit kommender Generationen im Sinne der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. [...] Wir werden das Klimaschutzgesetz noch im Jahr 2022 konsequent weiterentwickeln und ein Klimaschutz-Sofortprogramm mit allen notwendigen Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen auf den Weg bringen.“</p> | <p>Es fehlt eine konsequente Ausrichtung des Regierungshandelns am 1,5-Grad-Ziel. Die Regierung bleibt wirksame Maßnahmen und Sofortprogramme schuldig, mit denen die CO<sub>2</sub>-Reduktionslücke von 200 Millionen Tonnen bis 2030 geschlossen werden könnte. Stattdessen versucht die Koalition, das Klimaschutzgesetz deutlich abzuschwächen: Sie will die rechtliche Verbindlichkeit in Form jahresscharfer CO<sub>2</sub>-Ziele für jeden Sektor abschaffen und die Pflicht zum schnellen Nachsteuern bei einer Zielverfehlung aufheben.</p> | <p>Als Klimakanzler angetreten, hat es Olaf Scholz bisher versäumt, seine Regierung auf eine kohärente und mit dem 1,5-Grad-Ziel kompatible Klimaschutzpolitik einzuschwören. Haushaltspolitische Spielräume für die notwendigen Maßnahmen wurden auf Basis wackeliger Bilanztricks geschaffen und das für die Akzeptanz in der Bevölkerung so wichtige und im Koalitionsvertrag versprochene Klimageld nicht eingeführt. Der Kanzler lobt Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) als „sehr, sehr guten Verkehrsminister“, obwohl dessen Ressort die Klimaziele nicht erreicht und keine angemessenen Sofortmaßnahmen vorgelegt hat. Scholz unterstützt die Aufweichung des Klimaschutzgesetzes und entlässt so seine Regierung weitestgehend aus der Verantwortung, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß schnell zu senken. Dafür nimmt er in Kauf, dass das Klimaziel 2030 nicht mehr erreicht wird.</p> <p>Am schwersten wiegt jedoch, dass der Kanzler zulässt, dass zentrale Klimaschutzprojekte über Wochen aus der eigenen Regierung angegriffen werden, statt die Veränderungen etwa am Gebäudeenergiegesetz nichtöffentlich innerhalb der Koalition auszuhandeln. Die Folgen sind fatal: Die gesellschaftliche Zustimmung zum Klimaschutz sinkt, während die Politikverdrossenheit wächst.</p> |            |
| <p><b>Atomausstieg</b></p> <p>S. 43:<br/>„Am deutschen Atomausstieg halten wir fest.“</p>  | <p>Am 15. April 2023 gingen die letzten drei Atomkraftwerke in Deutschland endgültig vom Netz.</p>   | <p>Mit einem Machtwort von Kanzler Scholz wurde der zunächst für Ende 2022 geplante Atomausstieg im April 2023 umgesetzt.</p>  |            |

## Sonstige Themen & Entscheidungen

| Pläne und Entscheidungen               | Was passiert ist   | Greenpeace-Bewertung   | Ampelfarbe |
|--|--|--|------------|
| <b>Gasabkommen</b>                     | Auf die Energiekrise reagierte Scholz mit massiven Ausweitung der Gasinfrastruktur. In zahlreichen Ländern warb er um höhere Erdgaslieferungen (Senegal, Kanada, Vereinigte Arabische Emirate, Katar, Irak, Norwegen, Belgien, Nigeria, Aserbaidschan) und den Ausbau der entsprechenden Infrastruktur. Er war maßgeblich für eine Sektorleitlinie der KfW verantwortlich, die die Beschlüsse des Klimagipfels von Glasgow aushebelt.              | Der Bundeskanzler missachtet mit seiner Gaspolitik Klimaschutzvereinbarungen wie das Glasgow Agreement. Die Erschließung neuer Felder im Ausland widerspricht allen nationalen und internationalen Verpflichtungen. Zudem werden Menschenrechts- und Umweltschutzbedenken nicht hinreichend beachtet. Die neuen Richtlinien für Exportkreditgarantien schließen überdies Gasprojekte nicht aus.  |            |
| <b>Pakt für Planungsbeschleunigung</b> | Im Bundestag stellte Scholz im September 2023 seine Idee eines Deutschlandpakts zur Modernisierung des Landes vor. Daraus entwickelt er mit den Ministerpräsident:innen der Länder einen Pakt für Planungsbeschleunigung. Beschleunigung erhoffen sie sich unter anderem durch die Beschneidung von Umweltbelangen, die Reduzierung von Öffentlichkeitsbeteiligung und die Begrenzung von Rechtsschutzmöglichkeiten, also Eilanträgen oder Klagen. | Es ist gut, dass Scholz Planungsprozesse beschleunigen will. Allerdings wählt er die falschen Mittel. Er macht den Weg frei für den Ausbau industrieller Infrastruktur auf Kosten des Naturschutzes. Statt Umweltrechte zu schleifen, sollten die Prozesse durch die Digitalisierung und eine bessere Ausstattung der Verwaltung beschleunigt werden. Zudem muss der Kreis der durch besondere Privilegien beschleunigten Projekte auf die dringend nötige ökologische Transformation beschränkt werden, etwa auf den Ausbau erneuerbarer Energien. Aus der Zeit gefallene Projekte wie neue Autobahnen zählen nicht dazu. |            |

### Fazit:

Aus umwelt- und klimapolitischer Sicht hat Bundeskanzler Olaf Scholz mit seiner Ampelkoalition eine enttäuschende erste Koalitionshälfte absolviert. Sein Wahlkampfplakat mit der Aufschrift „Kanzler für Klimaschutz“ bleibt nach zwei Jahren Ampel ein nicht eingelöstes Versprechen. Zu Beginn der Legislatur hat Scholz versäumt, die notwendige haushaltspolitische Handlungsfähigkeit für die selbsternannte „Fortschrittskoalition“ sicherzustellen. Dieses Versäumnis rächt sich durch das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds. Dringend notwendige Umweltmaßnahmen werden von Scholz regelmäßig anderen Themen untergeordnet. Auf den notwendigen sozialen Ausgleich beim Klimaschutz über das im Koalitionsvertrag zugesagte Klimageld lässt Scholz warten. Erst als der gelb-grüne Zank über die Rolle der Atomenergie der Koalition ernsthaften Schaden zuzufügen droht, spricht der Kanzler ein Machtwort. Doch während FDP und Grüne sich monatelang über den richtigen Pfad in der Klimapolitik befenden und die FDP keine Möglichkeit zur öffentlichen Demontage des Gebäudeenergiegesetz auslässt, bleibt der Kanzler irritierend stumm. Für den Ansehensverlust seiner Regierung und die um sich greifende Politikverdrossenheit ist Scholz somit an führender Stelle mitverantwortlich. Er und die Ampel als Ganzes schaden damit der gesamten Politik.

Als es darum geht, die maßgebliche klimapolitische Errungenschaft seiner Partei – das in der Großen Koalition von der SPD erkämpfte Klimaschutzgesetz – all seiner harten Steuerelemente zu berauben, lässt Scholz dies stoisch

geschehen. Dass damit eine zentrale Übereinkunft der Koalition, nämlich die Freiheit künftiger Generationen mit einer ambitionierten Klimapolitik zu schützen, in weite Ferne rückt, nimmt er stillschweigend in Kauf. Auch auf internationaler Bühne fällt Deutschland im Klimaschutz zurück: Scholz untergräbt mit seiner Erdgas-Shoppingtour rund um den Globus die Vereinbarungen des Klimagipfels von Glasgow.

Der im Titel des Koalitionsvertrags versprochene Fortschritt muss in der Umwelt- und Klimapolitik weitgehend in der zweiten Hälfte der Legislatur erreicht werden.

**Gesamtbewertung:** 



# Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz: Robert Habeck (Grüne)

## Topthemen aus dem Koalitionsvertrag

| Was der Koalitionsvertrag verspricht  | Was die Ampel zur Halbzeit davon umgesetzt hat  | Greenpeace-Bewertung   | Ampelfarbe |
|---|---|--|------------|
| <p><b>Ausbau erneuerbarer Energien</b></p> <p>S. 55ff:<br/>„Wir machen es zu unserer gemeinsamen Mission, den Ausbau der Erneuerbaren Energien drastisch zu beschleunigen und alle Hürden und Hemmnisse aus dem Weg zu räumen. [...] Alle geeigneten Dachflächen sollen künftig für die Solarenergie genutzt werden. [...] Für die Windenergie an Land sollen zwei Prozent der Landesflächen ausgewiesen werden.“</p> | <p>Die Ziele zum Ausbau der Erneuerbaren (80 Prozent bis 2030) wurden an realistische Verbrauchsszenarien angepasst und die Ausbaumengen für die Solar- und Windenergie teils drastisch erhöht. Verschiedene Maßnahmen sollen die Planung und Genehmigung von Windrädern beschleunigen. Zu nennen sind vor allem das Flächenziel von zwei Prozent und der Status erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse. Das Solarpaket hat verschiedene Maßnahmen zur PV-Förderung auf den Weg gebracht.</p> | <p>Mit der Erhöhung der Ausbaumengen für erneuerbare Energien wurden auf Zielebene wichtige Anpassungen vorgenommen. Es fehlt aber eine klare Absage an Bioenergien plus CCS als vermeintlich erneuerbare Energieform. Beim Ausbau der Windenergie an Land sind die Maßnahmen zwar ein erheblicher Fortschritt, werden aber erst in einigen Jahren wirken und reichen noch nicht aus. Die Maßnahmen zum Solarausbau sind gut und greifen bereits. Es fehlt aber eine Solardachpflicht für Neubauten.</p>   |            |
| <p><b>Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen/ Gebäudeenergiegesetz</b></p> <p>S. 90:<br/>„Zum 1. Januar 2025 soll jede neu eingebaute Heizung auf der Basis von 65 Prozent erneuerbarer Energien betrieben werden.“</p>  | <p>Mit dem Gebäudeenergiegesetz (GEG) hat die Ampel endlich einen Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen eingeleitet. Auch die kommunale Wärmeplanung wurde auf den Weg gebracht.</p>  | <p>Schlecht vorbereitet, wurde das GEG zum Ziel populistischer Kampagnen, bevor es überhaupt innerhalb der Regierung abgestimmt war. Am Ende steht trotz eines hohen politischen Preises ein stark verwässertes GEG. Der Ausstieg aus Gasheizungen wird nur langsam Fahrt aufnehmen. Zudem wird die Verbrennung von Wäldern etwa in Pelletheizungen erlaubt. In der Konsequenz ist das Gesetz in seiner klimapolitischen Wirkung viel zu schwach. Obwohl die Förderung beim Heizungstausch aus dem KTF finanziert wird, ist dies ein Posten, der nach dem Urteil des Verfassungsgerichts bisher nicht mit einer einstweiligen Ausgabensperre belegt wurde.</p> |            |

| Was der Koalitionsvertrag verspricht   | Was die Ampel zur Halbzeit davon umgesetzt hat  | Greenpeace-Bewertung   | Ampelfarbe  |
|--|---|--|---|
| <p><b>Kohleausstieg 2030</b></p> <p>S. 58–59:<br/>„Zur Einhaltung der Klimaschutzziele ist auch ein beschleunigter Ausstieg aus der Kohleverstromung nötig. Idealerweise gelingt das schon bis 2030. [...] Die im dritten Umsiedlungsabschnitt betroffenen Dörfer im Rheinischen Revier wollen wir erhalten. Über Lützerath werden die Gerichte entscheiden.“</p>  | <p>In Nordrhein-Westfalen wurde der Kohleausstieg bis 2030 beschlossen. Zwei RWE-Braunkohleblöcke, die Ende 2022 abgeschaltet werden sollten, dürfen bis zum 31. März 2024 weiterlaufen. Zudem darf der Konzern das Dorf Lützerath abbaggern, um die darunterliegende Kohle zu verfeuern. In Ostdeutschland steht die Entscheidung zu einem Kohleausstieg 2030 noch aus. Das Ministerium setzt auf eine Verhandlungslösung. Unabhängig davon sollte der Kohleausstieg durch die Reform des Emissionshandels ETS bis 2030 aber ohnehin kommen.</p> | <p>Die Ampel dürfte ihr Ziel aus dem Koalitionsvertrag erreichen, der Weg dorthin ist aber nicht optimal. Der Ausstieg im Westen wurde über schmerzhafte Zugeständnisse an die Kohleindustrie erreicht – obwohl es energiepolitisch überflüssig ist und allen Klimaschutzinteressen widerspricht, wurde Lützerath den Interessen von RWE geopfert. Im Osten verzögert sich die Entscheidung. Zudem drohen die betroffenen Bundesländer auf den Rekultivierungskosten der Tagebaue sitzenzubleiben.</p> |    |
| <p><b>Rüstungsexporte</b></p> <p>S.146:<br/>„Wir setzen uns für ein nationales Rüstungsexportkontrollgesetz ein.“</p>  | <p>Das BMWK als federführendes Ministerium hat einen Konsultationsprozess gestartet, der mit der Verabschiedung von Eckpunkten für das Gesetz schließen sollte. Diese Eckpunkte sind mittlerweile seit rund zehn Monaten überfällig. Die Verabschiedung des geplanten Gesetzes in dieser Legislaturperiode wird damit zunehmend unwahrscheinlicher.</p>   | <p>Das Gesetz ist in die Mühlen der dysfunktionalen Regierungsarbeit geraten. Die FDP und wohl auch die SPD blockieren scharfe Regulierungen. Die Grünen, die mit dem Auswärtigen Amt neben dem Bundeswirtschafts- und Klimaschutzministerium das zweite der drei Schlüsselministerien in diesem Prozess besetzen (das dritte ist das Verteidigungsministerium) enttäuschen mit mangelnder Entschlossenheit.</p>   |   |
| <p><b>EU-Mercosur</b></p> <p>S.34:<br/>„Wir setzen uns dann für die Ratifizierung des Mercosur-Abkommens ein, wenn zuvor von Seiten der Partnerländer umsetzbare und überprüfbare, rechtliche verbindliche Verpflichtungen zum Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsschutz eingegangen werden und praktisch durchsetzbare Zusatzvereinbarungen zum Schutz und Erhalt bestehender Waldflächen abgeschlossen worden sind.“</p> | <p>Die EU-Mercosur-Verhandlungen laufen noch. Mehrere Minister:innen sowie auch Bundeskanzler Olaf Scholz haben sich zuletzt immer wieder für einen schnellen Abschluss ausgesprochen und auch die Mercosur-Partnern dazu gedrängt, obgleich die Vorgaben des Koalitionsvertrags nicht erfüllt sind.</p>  | <p>Obwohl die Ampel im Koalitionsvertrag formulierten Bedingungen bislang nicht erfüllt sind, ist Deutschland im EU-Rat einer der stärksten Befürworter eines raschen Abschlusses des EU-Mercosur-Abkommens. Zudem interpretiert die Ampel die Formulierungen wenig ambitioniert. Bleibt die Koalition dabei, bringt das Abkommen einen Rückschritt.</p>   |  |

## Sonstige Themen & Entscheidungen

| Pläne und Entscheidungen  | Was passiert ist   | Greenpeace-Bewertung   | Ampelfarbe  |
|---|--|--|---|
| <b>Gas-Ausbau</b>   | Die Regierung weitet angesichts der „Gaskrise“ den Import von LNG im großen Maßstab aus und schafft dazu eine Reihe neuer LNG-Terminals, etwa vor Rügen. Zudem unterstützt sie die Erschließung neuer Gasfelder sowohl in Deutschland vor Borkum als auch im Ausland, etwa im Senegal.   | Die Regierung baut die Gasimportkapazitäten weit stärker als nötig aus, um die von Russland gestoppten Lieferungen zu ersetzen. Die geplanten LNG-Terminals werden in diesem Umfang nicht gebraucht. Vielmehr drohen teure fossile Lock-ins, die die Gasverbrennung unnötig verlängern. Massive Proteste wie auf Rügen sind die Folge. Die Gasförderung vor Borkum ist schon deshalb überflüssig, weil sie in den unmittelbaren „Krisenwintern“ 2022/23 und 2023/24 keinen Beitrag zur Versorgungssicherheit leistet und langfristig nicht gebraucht wird. Zudem ist sie ökologisch nicht zu rechtfertigen.  | <br><br>       |
| <b>Blauer Wasserstoff</b>   | Lag die Priorität anfangs noch auf grünem Wasserstoff aus heimischem Ökostrom, soll inzwischen blauer Wasserstoff aus fossilem Erdgas eine wesentliche Säule für ein Hochlaufen der Wasserstoffwirtschaft sein. Unter anderem dient sich der norwegische Staatskonzern Equinor als Lieferant an, der weiter auf die Erschließung neuer Gasfelder in der Arktis setzt.  | Die Bundesregierung begibt sich mit blauem Wasserstoff in eine Klimafalle. Vor allem die hohen Methanemissionen in der Vorkette und unzureichende Abscheideraten von CO <sub>2</sub> beim Einsatz von CCS führen zu unvermeidbar hohen Emissionen. Die Technik kommt nicht ohne Treibhausgas aus. Dabei stünde mit erneuerbaren Energien eine deutlich klimafreundlichere Alternative zur Verfügung.   | <br><br>    |
| <b>Carbon Capture and Storage (CCS)/Carbon-Management-Strategie (CMS)</b> | Das Ministerium setzt in seiner Carbon-Management-Strategie massiv auf die Abscheidung und Speicherung von CO <sub>2</sub> (CCS). Den Plänen zufolge sollen pro Jahr zwischen 17 und 69 Millionen Tonnen aus der deutschen Industrie unterirdisch deponiert werden. Obwohl es heißt, dass Negativemissionen durch Techniken wie CCS nur auf „unvermeidbare Restemissionen“ angewendet werden sollten, entspräche dies bis zu 42 Prozent der deutschen Industrieemissionen des Jahres 2022. | Die Annahmen in den ersten Entwürfen der Carbon Management Strategie (CMS) basieren auf dem Status quo einer Industrie, die Klimaschutz jahrelang verschleppt hat. Es fehlt eine ergebnisoffene Debatte, einschließlich aller Alternativen. Nicht einmal für den Energiesektor wird die sehr energieintensive Abscheidung und Deponierung von CO <sub>2</sub> ausgeschlossen. Eine frühzeitige Festlegung auf einen bestimmten Technologiepfad wie CCS engt zudem den Handlungsspielraum ein und verhindert Innovationen. Ob CCS überhaupt einen Klimaschutzbeitrag liefern kann, ist nicht bewiesen. Statt naturbasierte Lösungen und Innovationen voranzutreiben, soll eine großindustrielle CO <sub>2</sub> -Entsorgungsinfrastruktur aufgebaut werden. | <br><br> |

| Pläne und Entscheidungen                   | Was passiert ist   | Greenpeace-Bewertung  | Ampelfarbe  |
|--|--|---|---|
| <b>Strompreissenkung für die Industrie</b> | <p>Monatelang stritt die Ampel über die Einführung eines staatlich subventionierten Industriestrompreises. Der Vorschlag von Wirtschaftsminister Robert Habeck sah vor, den Strompreis für energieintensive Unternehmen auf sechs Cent je Kilowattstunde für 80 Prozent des Verbrauchs bis 2030 zu deckeln. Kanzler Scholz und Finanzminister Lindner lehnten dies ab. Geeinigt haben sie sich auf eine deutliche Senkung der Stromsteuer und eine Ausweitung der bestehenden Strompreiskompensation für die Industrie. Die geschätzten Kosten von allein 12 Milliarden Euro im Jahr 2024 sollen zum größten Teil aus dem Klima- und Transformationsfonds fließen, der sich vor allem aus Einnahmen aus dem CO<sub>2</sub>-Preis speist.</p> | <p>Die Strompreissenkung für die Industrie stellt zwar aus Klimasicht eine Verbesserung gegenüber den erheblichen Fehlanreizen der ursprünglich geplanten Industriestrombremse dar, da sie Anreize zur Elektrifizierung energieintensiver Produktionsprozesse setzt. Es bleibt aber das Problem, dass Maßnahmen zur Reduktion des Energieverbrauchs durch niedrigere Preise ausgebremst werden. Zudem profitiert nur das produzierende Gewerbe von der Entlastung, während die privaten Haushalte weiterhin höhere Strompreise zahlen. Nach dem Verfassungsgerichtsurteil ist fraglich, ob das Strompreis-Paket in der beschlossenen Form überhaupt mit Mitteln aus dem KTF finanziert werden kann.</p> |  |

### Fazit:

Die Halbzeitbilanz von Robert Habeck fällt gemischt aus. Auf der positiven Seite steht die teils drastische Anhebung der Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien, die 2030 einen Anteil von 80 Prozent an der Stromerzeugung haben sollen. Das ist ein Paradigmenwechsel im Vergleich zu den Vorgängerregierungen. Zudem hat die Ampel die viel zu niedrig angesetzte Prognose für den künftig zu erwartenden Strombedarf angehoben, sodass das höhere Ausbauziel mit einer umso höheren Kapazität der Wind- und Solarenergie einhergeht. Zugleich hat Habecks Ministerium mit einem Bündel von Maßnahmen die Weichen gestellt, um Hindernisse beim Ausbau beiseite zu räumen. Positiv ist im Grundsatz auch, dass die Wärmewende und der Kohleausstieg bis 2030 eingeleitet wurden. Doch an dieser Stelle zeigen sich bereits Versäumnisse. Denn das frühere Ende der Kohle ist bislang nur in Westdeutschland fix und fußt auf einem Kompromiss, für den das Dorf Lützerath geopfert wurde. Das Gebäudeenergiegesetz (GEG) konnten Habeck und die Grünen in der ursprünglich deutlichen ambitionierteren Fassung nicht durchsetzen, sodass die Wärmewende unnötig verzögert wird. Eindeutig negativ ist der völlig überdimensionierte Ausbau der Gasinfrastruktur, der Deutschlands Klimabilanz noch lange belasteten wird. Das LNG-Beschleunigungsgesetz erlaubt einen Betrieb der Infrastruktur bis 2043. Die Umstellung auf Wasserstoff ist nicht ohne weiteres möglich. Zudem macht sich Habeck mit dem unterirdischen Verpressen von CO<sub>2</sub> in Deutschland für eine ökonomisch wie ökologisch fragwürdige Technologie stark, die nicht nur teuer, riskant und ineffizient ist, sondern in breiten Teilen der Bevölkerung auf Skepsis trifft. Das gilt auch für den Bau von CO<sub>2</sub>-Pipelines nach Norwegen. Habecks Ressort ist vom Verfassungsgerichtsurteil und dem resultierenden Milliardenloch im Klima- und Transformationfonds mit am stärksten betroffen. Sollte es Habeck nicht gelingen, die benötigten Gelder für Transformations-Investitionen von Lindner und Scholz zu bekommen, würde dies seine Bilanz deutlich verschlechtern.

**Gesamtbewertung:** 



# Bundesministerium der Finanzen: Christian Lindner (FDP)

## Topthemen aus dem Koalitionsvertrag

| Was der Koalitionsvertrag verspricht   | Was die Ampel zur Halbzeit davon umgesetzt hat | Greenpeace-Bewertung  | Ampelfarbe |
|--|--|---|------------|
| <p><b>Klimageld</b></p> <p>S. 63:<br/>„Um einen künftigen Preisanstieg zu kompensieren und die Akzeptanz des Marktsystems zu gewährleisten, werden wir einen sozialen Kompensationsmechanismus über die Abschaffung der EEG-Umlage hinaus entwickeln (Klimageld).“</p> | Fehlanzeige                                    | Es ist beschämend, dass die Regierung die überfällige Einführung des Klimagelds für Bürger:innen auf die lange Bank schiebt und das Projekt derzeit sogar auf der Kippe steht. Zunächst erklärte die Regierung ihr Nichtstun mit einem fehlenden Auszahlungsmechanismus. Neuerdings fehlen angeblich die finanziellen Mittel für das im Koalitionsvertrag versprochene wichtige Projekt. Das Urteil des Verfassungsgerichts zum KTF könnte Lindner zum Anlass nehmen, das Klimageld noch weiter in die Zukunft zu verschieben.                          |            |
| <p><b>Abbau umwelt- und klimaschädlicher Subventionen</b></p> <p>S. 162:<br/>„Wir wollen zusätzliche Haushaltsspielräume dadurch gewinnen, dass wir im Haushalt überflüssige, unwirksame und umwelt- und klimaschädliche Subventionen und Ausgaben abbauen.“</p>       | Fehlanzeige                                    | Beim Abbau umwelt- und klimaschädlicher Subventionen herrscht bislang Stillstand. Schlimmer noch: Mit krisenbedingten Entlastungspaketen hat die Regierung neue fossile Subventionen in Milliardenhöhe für Unternehmen geschaffen, etwa in Form der Strom- und Gaspreisbremse. Damit blockiert die Regierung den sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Da Lindner neue Steuern und neue Schulden kategorisch ausschließt, wären Einsparungen bei klimaschädlichen Subventionen umso wichtiger, um Handlungsspielräume zu schaffen. |            |
| <p><b>Plastikabgabe</b></p> <p>S. 163:<br/>„Die im Rahmen der EU bereits bestehende Plastikabgabe wird wie in anderen europäischen Ländern auf die Hersteller und Inverkehrbringer umgelegt.“</p>  | Fehlanzeige                                    | Für jedes Kilogramm nicht recyceltes Plastik zahlen die Mitgliedstaaten eine Abgabe an die EU. Müsstest die Hersteller diese Abgabe tragen, hätten sie einen starken Anreiz, Einwegplastik zu vermeiden. Den Preis für den Stillstand auf diesem Gebiet zahlen folglich die Bürger:innen über den Staatshaushalt – und die Umwelt in Form wachsender Plastikmüllberge.  |            |

## Sonstige Themen & Entscheidungen

| Pläne und Entscheidungen   | Was passiert ist  | Greenpeace-Bewertung  | Ampelfarbe  |
|--|---|---|---|
| <b>Sondervermögen</b>  | Um die Schuldenbremse formal einzuhalten, plante Lindner, einen Großteil der Zukunftsprojekte der Ampel über Sondervermögen wie den KTF zu finanzieren. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.11.2023 ist dieser Bilanztrick jedoch nicht mehr möglich. | Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts rächt sich, dass die Ampel von Anfang an mit fragwürdigen finanzpolitischen Plänen gestartet ist. Statt einen seriösen haushaltspolitischen Rahmen für eine handlungsfähige Regierung zu setzen, die die Jahrhundertaufgabe des Klimaschutzes ernsthaft angehen kann, schränkte Linder diesen mit kategorischen Ausschlüssen von Steuererhöhungen und neuer Schulden ein.  | <br><br>       |
| <b>Haushaltsplan 2024</b>  | Mit Ausnahme des Verteidigungshaushalts wurden die Etas für sämtliche Ressorts jenseits der Sondervermögen gekürzt.   | Der erzwungene Sparkurs des FDP-Finanzministers zur Einhaltung der Schuldenbremse hat zu empfindlichen Kürzungen in fast allen Ressorts geführt, insbesondere auch im Sozialbereich. Die Folge sind erhebliche Verteilungskämpfe. Damit drohen etwa Ausgaben für Klimaschutz und Soziales gegeneinander ausgespielt zu werden. Durch das Verfassungsurteil zum KTF hat sich die Situation nochmals deutlich verschärft. Dennoch lehnt Lindner zusätzliche Einnahmen durch eine Vermögensbesteuerung oder den längst versprochenen Abbau klimaschädlicher Subventionen ab. | <br><br>       |
| <b>Umbau der Tierhaltung durch Fleischabgabe oder Mehrwertsteueränderung</b> | Das Finanzministerium verweigert sich sämtlichen entsprechenden Vorschlägen des Landwirtschaftsministeriums und der Borchert-Kommission.  | Die Verweigerungshaltung schadet den Tierhalter:innen, ihren Tieren und dem Klima. Zudem wird die Chance vertan, Verbraucheranreize über Marktsignale zu setzen.  | <br><br> |
| <b>Tankrabatt</b>  | Von Juni bis August 2022 wurde die Energiesteuer auf Kraftstoffe gesenkt.   | Der milliardenschwere Rabatt hat den Haushalt belastet, falsche Anreize gesetzt und dem Klima geschadet.  | <br><br> |
| <b>Uniper</b>  | Der Gaskonzern Uniper wurde von der Bundesregierung vor der Pleite gerettet und verstaatlicht. Die Zuständigkeit für Uniper liegt beim Bundesfinanzministerium.   | Bisher hat es das Ministerium versäumt, eine nachhaltige Transformation Unipers in die Wege zu leiten und mit den zur Rettung eingesetzten Steuergeldern verantwortungsvoll umzugehen. Uniper treibt beispielsweise ein großes Offshore-Gas-Projekt der Firma Woodside voran, mit massiven Folgen für das Klima, aber auch die Meeresumwelt vor der Küste Westaustraliens.  | <br><br> |

## Fazit:

Die Halbzeitbilanz des Finanzministers ist desaströs. Christian Lindner ist das einzige Kabinettsmitglied, das die Einlösung sämtlicher in sein Ressort fallender Klima- und Umweltversprechen aus dem Koalitionsvertrag schuldig bleibt. Mehr noch: Lindners Ministerium bremst auch andere Ressorts durch Untätigkeit aus oder blockiert sie aktiv. Das längst überfällige Klimageld schiebt der Minister auf die lange Bank. Der langfristig folgenreichste Fehler besteht allerdings im von der FDP erzwungenen Sparkurs und dem Veto gegen zusätzliche Einnahmen etwa in Form einer Besteuerung von Vermögen oder dem Abbau klimaschädlicher Subventionen. Damit beraubt Lindner das Land der Chance, sich mit Investitionen in den Bereichen Umwelt und Soziales fit für die Zukunft zu machen und dem Rechtsruck im Lande entgegenzuwirken. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist eine buchstäbliche Bankrotterklärung für Lindner. Seine dogmatische Finanzpolitik macht Zukunftsinvestitionen unmöglich und nimmt der Ampel jede Möglichkeit, sich als die versprochene Fortschrittskoalition zu positionieren. Die Folge ist ein Verteilungskampf zwischen den Ministerien, der wichtige Vorhaben gegeneinander ausspielt und die Klima-, Umwelt- und Sozialpolitik der Regierung lähmt. Lindner stellt sich mit seiner ideologischen Ablehnung höherer Steuern bei gleichzeitiger Einhaltung der Schuldenbremse gegen die ökonomische Mehrheitsmeinung, die gerade jetzt Investitionen des Staates für volkswirtschaftlich klug und notwendig erachtet.

**Gesamtbewertung:**





# Auswärtiges Amt: Annalena Baerbock (Grüne)

## Topthemen aus dem Koalitionsvertrag

| Was der Koalitionsvertrag verspricht   | Was die Ampel zur Halbzeit davon umgesetzt hat   | Greenpeace-Bewertung   | Ampelfarbe |
|--|--|--|------------|
| <p><b>Klimaaußenpolitik/ Klimakabinett</b></p> <p>S. 49:<br/>„Wir setzen uns insbesondere für eine gemeinsame, konsequente Klimaaußenpolitik und Klimagerechtigkeit im Sinne des European Green Deal, der Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommens ein.“</p> <p>S. 114:<br/>„Unsere Klimaaußenpolitik wollen wir u. a. mit dem Klimakabinett kohärenter und stärker machen.“</p> | <p>Das Auswärtige Amt hat die Entwicklung einer Strategie für eine Klimaaußenpolitik angestoßen. Es hat Klima- und Energiepartnerschaften mit Ländern wie Indien, Serbien und Südafrika aufgebaut mit dem Ziel einer vollständigen Versorgung mit erneuerbaren Energien. Zudem müssen alle Botschaften die Klimakrise als Top-Priorität behandeln. Internationale Klimapolitik ist Teil der Sicherheitsstrategie der Bundesregierung geworden. Im Kontext des UN-Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen (UNFCCC) dringt Deutschland auf stärkere Ambitionen. Zudem hat Deutschland zur Einrichtung eines Fonds zur finanziellen Unterstützung besonders vom Klimawandel betroffener Länder beigetragen (Loss and Damage).</p> | <p>Das Ministerium hat die Klimaaußenpolitik auf strategische Füße gestellt. Es ist gut, dass Klimaschutz als Teil der Sicherheitsstrategie und auch als Faktor in der Außenwirtschaft verstanden wird. Geschwächt wird die Klimaaußenpolitik durch Sektorstrategien oder -beschlüsse anderer Ressorts, wie zu den KfW-Sektorleitlinien. Deutschland setzt sich derzeit zwar für neue internationale Ziele zum Ausbau erneuerbarer Energien ein, doch zugleich wird billigend in Kauf genommen, dass die EU fragwürdige oder klimaschädliche Technologien wie CCS und Bioenergie mit CCS (CRCF) fördern will und international den Ausbau von Kohlenstoffkompensationsmärkten unterstützt.</p> |            |
| <p><b>Klimafinanzierung</b></p> <p>S. 49:<br/>„Wir werden unsere Zusagen für den deutschen Anteil an den 100 Milliarden US-Dollar der internationalen Klimafinanzierung im Rahmen einer kohärenten Klimaaußenpolitik erfüllen und perspektivisch erhöhen“</p>  | <p>Die Ausgaben werden bis 2025 von vier auf sechs Milliarden Euro erhöht.</p>   | <p>Zwar steht Deutschland im Vergleich zu anderen G7 Ländern gut da, aber die Summe wird dauerhaft nicht reichen. Im Raum stehen Forderungen von acht Milliarden Euro pro Jahr. Die aktuelle Haushaltsplanung lässt dafür allerdings keinen Spielraum. Um Deutschlands historischer und internationaler Verantwortung gerecht zu werden, müsste die Klimaschutzfinanzierung deutlich erhöht werden. Stattdessen werden die Mittel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit massiv gekürzt.</p>  |            |

| Was der Koalitionsvertrag verspricht   | Was die Ampel zur Halbzeit davon umgesetzt hat   | Greenpeace-Bewertung  | Ampelfarbe  |
|--|--|---|---|
| <p><b>Feministische Außenpolitik</b></p> <p>S. 114:<br/>„Gemeinsam mit unseren Partnern wollen wir im Sinne einer Feminist Foreign Policy [FFP] Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen und Mädchen weltweit stärken und gesellschaftliche Diversität fördern.“</p> | <p>Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und das Auswärtige Amt haben hierzu zwei getrennte Leitlinien verabschiedet.</p>   | <p>Mit FFP verpflichten sich Staaten, bei anderen Staaten auf Frieden, Geschlechtergerechtigkeit und eine gesunde Umwelt hinzuwirken. Feministische Außenpolitik soll koloniale, rassistische und patriarchale Machtstrukturen, aufbrechen. Die Verabschiedung der Leitlinien zur Feministischen Außenpolitik war ein Meilenstein. Diese sind aber nicht ressortübergreifend und es fehlt an einer guten Umsetzung. Es gibt kein gemeinsames Bekenntnis, und Deutschland verstößt international wiederholt gegen den Geist der feministischen Außenpolitik – etwa durch die Unterstützung des EU-Mercosur-Abkommens, das Frauen in unsichere Arbeitsplätze treiben würde.</p>   |    |
| <p><b>Abrüstung</b></p> <p>S. 115:<br/>„Wir brauchen eine Abrüstungspolitische Offensive und wollen eine führende Rolle bei der Stärkung internationaler Abrüstungsinitiativen und Nichtverbreitungsregimes einnehmen.“</p>  | <p>Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine hat Bundeskanzler Olaf Scholz die „Zeitenwende“ ausgerufen und den Fokus in der Sicherheitspolitik auf das Militärische gelegt. Die Bundeswehr soll für 100 Milliarden Euro aufgerüstet werden. Nennenswerte Abrüstungspolitische Aktivität hat die Bundesregierung hingegen nicht entfaltet. Einzig die Teilnahme an der ersten Überprüfungskonferenz des Atomwaffenverbotsvertrags TPNW sticht positiv heraus.</p>   | <p>Seit Kriegsbeginn ist das Thema Abrüstung für die Bundesregierung nachrangig. Die positiv zu bewertende Teilnahme an der Überprüfungskonferenz des TPNW wird durch die Beschaffung eines neuen Atomwaffenträgersystems (F 35) konterkariert. Auch auf anderen Abrüstungspolitischen Feldern (vollautonome Waffensysteme, Cybersecurity) sind keine Anstrengungen zu bilanzieren. In die Lösung des Konflikts um das iranische Atomprogramm hat die Regierung ebenfalls keine größeren Ressourcen gesteckt.</p>   |   |
| <p><b>Sicherheitspolitik &amp; Nationale Sicherheitsstrategie</b></p> <p>S. 144:<br/>„Wir werden im ersten Jahr der neuen Bundesregierung eine umfassende Nationale Sicherheitsstrategie vorlegen.“</p>  | <p>Laut Koalitionsvertrag sollten drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung, Internationales und Entwicklungszusammenarbeit aufgewendet werden. In diesem Drei-Prozent-Block sollten auch Mittel für die „internationale Klimafinanzierung“ bereitgestellt werden. Wenn es innerhalb des Blocks zu einer Reduktion des Verteidigungshaushalts auf ein Prozent und zu einer entsprechenden Erhöhung der Ausgaben für Klima, Entwicklungszusammenarbeit und Diplomatie gekommen wäre, dann hätte Deutschland sich zu einer Sicherheitspolitik bekannt, die sich nicht nur auf das Militärische konzentriert, sondern ein Sicherheitsverständnis umfasst, das sich auf das Individuum fokussiert.</p> | <p>Der Nationalen Sicherheitsstrategie wird zwar der Begriff „integrierte Sicherheit“ zugrunde gelegt, der die Sicherheit des Einzelnen im Fokus haben soll. Es fehlt aber an konkreten Umsetzungsideen, etwa dazu, wie der Zugang zu Bildung und dem Gesundheitswesen gewährleistet und Krisen verhindert werden können. Stattdessen markiert die Strategie eine Kursverschiebung der Außen- und Sicherheitspolitik. Dies verdeutlichen bereits die Begriffe „wehrhaft“ und „resilient“, die Abwehr- und Kampfbereitschaft signalisieren. Das Primat der Politik und das Ziel der Krisenprävention scheinen vergessen. Die Sicherheitsstrategie spiegelt naturgemäß die veränderte sicherheitspolitische Lage wider, ist aber nicht unabhängig zu sehen von aktuellen geopolitischen Machtkämpfen und längerfristigen Entwicklungen in der internationalen Politik wie der Aufrüstung, der Schwächung multilateraler Foren und der Abkehr vom Paradigma des freien Handels. Die Strategie ist daher als problematisch einzustufen.</p> |  |

## Sonstige Themen & Entscheidungen

| Pläne und Entscheidungen | Was passiert ist  | Greenpeace-Bewertung  | Ampelfarbe  |
|--------------------------|---|---|---|
| <b>Ukrainekrieg</b>      | Seit Beginn des Angriffskrieg hat Deutschland unter anderem die Panzerhaubitze 2000, den Gepard-Flugabwehrpanzer und den Mehrfachraketenwerfer MARS II geliefert. Dazu kommen zahlreiche weitere Lieferungen wie die von tragbaren Luftabwehrwaffen und Panzerabwehrwaffen. | Deutschland sollte sich noch stärker um diplomatische Initiativen bemühen. Friedensverhandlungen fallen nicht vom Himmel, sie müssen vorbereitet werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, bestehende Verhandlungsbemühungen aktiv und entschlossen zu unterstützen. Möglichkeiten für eine aktive Diplomatie gibt es viele. Klar ist bei allem: Verhandlungen führen nicht zwingend zum Erfolg. Es handelt sich um einen Versuch, die Waffen zum Schweigen zu bringen. Dieser kann auch ins Leere laufen. Das Verhandlungsergebnis muss – das ist eine Selbstverständlichkeit – für die Ukraine akzeptabel sein. Ist es das nicht, sind die Verhandlungen gescheitert. |  |

### Fazit:

Annalena Baerbock hat erstmalig Friedens- und Sicherheitspolitik mit Klimaschutz sowie feministischer Außenpolitik verzahnt. In beiden Bereichen hat Baerbock die Ziele des Koalitionsvertrags zumindest so weit umgesetzt, dass sie Strategien und Leitlinien auf den Weg gebracht hat. Es ist jedoch anzumerken, dass andere außenpolitische Schritte der Bundesregierung, wie die Unterstützung des Mercosur-Abkommens den Grundsätzen einer feministischen Außenpolitik widersprechen. Dies ist ebenso ein Versäumnis der übrigen damit befassten Ressorts. Zur Halbzeit der Legislaturperiode fällt Baerbocks Bilanz daher gemischt aus. Insbesondere die Nationale Sicherheitsstrategie, die eindeutig das Militärische gegenüber anderen Maßnahmen zur Konfliktvermeidung und -lösung priorisiert, ist eine Schwachstelle ihrer ersten beiden Amtsjahre.

### Gesamtbewertung:





# Bundesministerium für Digitales und Verkehr: Volker Wissing (FDP)

## Topthemen aus dem Koalitionsvertrag

| Was der Koalitionsvertrag verspricht   | Was die Ampel zur Halbzeit davon umgesetzt hat  | Greenpeace-Bewertung  | Ampelfarbe |
|--|---|---|------------|
| <p><b>Dekarbonisierung der Mobilität</b></p> <p>S. 48:<br/>„Die erforderlichen Entscheidungen zur Erreichung unserer Klimaschutzziele für 2030 und 2045 mit dem Ziel der Dekarbonisierung des Mobilitätsbereiches werden wir treffen und die praktische Umsetzung deutlich beschleunigen.“</p>             | <p>Der Verkehr hat zuletzt zwei Mal in Folge seine Klimaziele verfehlt. Mit Blick auf die Ziele für 2030 klafft in diesem Sektor die größte Klimälücke. Volker Wissing wurde 2022 vom Expertenrat für Klimafragen für ein unzureichendes Sofortprogramm gerügt. 2023 hat sein Ministerium entgegen dem aktuell gültigen Klimaschutzgesetz kein Sofortprogramm vorgelegt. Aufgrund dieser Gesetzesverstöße sind verschiedene Klagen gegen das Ministerium anhängig.</p>      | <p>Der Verkehrssektor ist das Sorgenkind im Klimaschutz. Wissing verweigert sich an vielen Stellen wirkungsvollen Schritten und nimmt dafür wiederholt Rechtsbrüche in Kauf. Er blockiert rasch wirksame Maßnahmen wie etwa ein Tempolimit, um die Klimaschutzlücke von 180 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> im Verkehrssektor zu schließen. Stattdessen treibt er den Ausbau klimaschädlicher Autobahnen voran. Wissing's Versagen an dieser Stelle stellt die wenigen Erfolge seiner bisherigen Amtszeit wie das Deutschlandticket oder die Mautreform in den Schatten.</p>  |            |
| <p><b>E-Mobilität</b></p> <p>S.51:<br/>„Rahmenbedingungen und Fördermaßnahmen werden wir darauf ausrichten, dass Deutschland Leitmarkt für Elektromobilität mit mindestens 15 Millionen Elektro-Pkw im Jahr 2030 ist.“</p>   | <p>Derzeit fahren nur etwa 1,4 Million E-Pkw auf deutschen Straßen. Ihr Anteil an den Neuzulassungen lag im Oktober bei lediglich 17 Prozent. Um das Ziel der Koalition zu erreichen, müsste der Anteil im Laufe des kommenden Jahres auf mindestens 90 Prozent steigen. Ohne zusätzliche Maßnahmen werden nach Berechnungen von Fraunhofer ISI und Öko-Institut für die Ministerien bis zum Jahr 2030 lediglich 8,2 Millionen Elektroautos auf deutschen Straßen sein.</p> | <p>Der Hochlauf des E-Autos stockt, da sich das Verkehrsministerium auf die Förderung der Ladeinfrastruktur und – mittlerweile rückläufige – E-Auto-Prämien beschränkt. Instrumente wie ein Bonus-Malus-System, das mit Aufschlägen auf Spritschlucker ein E-Auto Prämie gegenfinanzieren könnte, oder eine E-Auto-Quote, die Hersteller zu günstigeren Unter- und Mittelklasse-Modellen verpflichtet, lehnt der Verkehrsminister ab. Ohne solche Maßnahmen werden bis 2030 sowohl die Ziele für E-Autos wie auch die Klimaschutzziele im Verkehr verpasst. Durch das Urteil des Verfassungsgerichts ist zudem die verbliebene Förderung neuer Ladeinfrastruktur durch den KTF in Frage gestellt.</p> |            |
| <p><b>Straßenverkehrsordnung</b></p> <p>S. 52:<br/>„Wir werden Straßenverkehrsgesetz und Straßenverkehrsordnung so anpassen, dass neben der Flüssigkeit und Sicherheit des Verkehrs die Ziele des Klima- und Umweltschutzes, der Gesundheit und der städtebaulichen Entwicklung berücksichtigt werden“</p> | <p>Die vom Ministerium auf den Weg gebrachte Änderung des Straßenverkehrsgesetzes wurde im Oktober vom Bundestag beschlossen. Die „Verbesserung des Schutzes der Umwelt, des Schutzes der Gesundheit und der Unterstützung der städtebaulichen Entwicklung“ soll künftig gleichrangiges Ziel neben der „Leichtigkeit und Sicherheit des Verkehrs“ sein. Die Straßenverkehrsordnung muss noch entsprechend angepasst und beides vom Bundesrat verabschiedet werden.</p>      | <p>Die Novelle des Straßenverkehrsgesetzes gibt Kommunen mehr Handlungsspielraum, um die Mobilität und den öffentlichen Raum zu gestalten. Mit gleichwertigen und sich teils widersprechenden Zielen wie Leichtigkeit des Verkehrs und Umweltschutz gibt sie jedoch keine klare Richtung hin zu nachhaltigerem Verkehr vor.</p>   |            |

| Was der Koalitionsvertrag verspricht   | Was die Ampel zur Halbzeit davon umgesetzt hat  | Greenpeace-Bewertung   | Ampelfarbe  |
|--|---|--|---|
| <b>Maut</b><br>S. 48:<br>„Wir werden 2023 eine CO <sub>2</sub> -Differenzierung der Lkw-Maut vornehmen.“   | Der Mautsatz wurde erhöht. Ein Teil der Mehreinnahmen fließt in die Schiene statt wie zuvor ausschließlich in die Straße.   | Das Aufbrechen des Finanzierungskreislaufs Straße ist ein großer Schritt nach vorn.  |  |
| <b>Infrastruktur</b><br>S. 48:<br>„Wir streben einen neuen Infrastrukturkonsens bei den Bundesverkehrswegen an. Dazu werden wir parallel [...] einen Dialogprozess mit Verkehrs-, Umwelt-, Wirtschafts- und Verbraucherschutzverbänden starten.“ | Die Bedarfsplanüberprüfung wird immer weiter verschoben und es gibt keine Anzeichen, dass das Ministerium die Infrastrukturplanung an den Klimazielen ausrichten wird. Der angekündigte Dialog hat zwar begonnen, soll laut Ministerium jedoch keinerlei Einfluss auf den aktuellen Bundesverkehrswegeplan haben. Gleichzeitig möchte Minister Wissing den Ausbau von Autobahnen sogar beschleunigen. | Das Ministerium führt die fatale Infrastrukturpolitik der Vergangenheit fort: Es setzt auf den Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen. Das ist angesichts der Klimaschutzlücke im Verkehr und den Auswirkungen von Straßen auf die Natur verheerend. Ohne Auswirkungen auf den aktuellen Bundesverkehrswegeplan verkommt der Dialogprozess zur Farce. |  |

## Sonstige Themen & Entscheidungen

| Pläne und Entscheidungen                     | Was passiert ist   | Greenpeace-Bewertung   | Ampelfarbe  |
|--|--|--|---|
| <b>Planungsbeschleunigung Autobahnbaubau</b> | Im Koalitionsvertrag wird zwar breit von der Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, etwa durch die Digitalisierung der Prozesse, gesprochen. Durch die sogenannte „unionskonforme Legalplanung beschleunigt auf den Weg“ gebracht werden sollten laut dem Vertrag allerdings nur „Bahnstrecken, Stromtrassen und Ingenieurbauwerke (z.B. kritische Brücken)“. FDP und SPD haben sich im Koalitionsausschuss gegen die Grünen durchgesetzt und den beschleunigten Bau von 138 Autobahnprojekten auf den Weg gebracht, den der Bundestag im Oktober 2023 beschlossen hat. | Eine Planungsbeschleunigung von Autobahnausbauprojekten auch durch den Abbau von umweltrechtlichen Hürden läuft jeglichen Klimaschutzbestrebungen im Verkehrssektor zuwider. Die Schaffung neuer Straßenkapazitäten erhöht den Pkw-Verkehr und verhindert die schnelle Reduktion der CO <sub>2</sub> -Emissionen.  |  |
| <b>9-Euro- und 49-Euro-Ticket</b>            | Im Sommer 2022 wurde das 9-Euro-Ticket eingeführt, das die Nutzung des gesamten ÖPNV in Deutschland erlaubte. Es verkaufte sich in drei Monaten 52 Millionen Mal. Das Nachfolgeangebot in Höhe von 49 Euro startete im Mai 2023.   | Das Ticket macht die ÖPNV-Nutzung deutlich unkomplizierter und hat schon zu erheblichen CO <sub>2</sub> -Einsparungen geführt, weil Menschen öfter das Auto stehen lassen. Allerdings ist der Preis mit 49 Euro für viele Menschen zu hoch. Der Streit zwischen Bund und Ländern um die langfristige Finanzierung muss beendet werden, da er den Menschen Planungssicherheit nimmt. Zudem sollte die Infrastrukturplanung konsequent auf die Verbesserung des ÖPNV-Angebots zielen, um das Deutschlandticket für mehr Menschen zu einer Alternative zum Auto zu machen. Insbesondere das Bus- und Bahnangebot auf dem Land muss massiv ausgebaut werden. |  |

| Pläne und Entscheidungen | Was passiert ist   | Greenpeace-Bewertung   | Ampelfarbe  |
|--------------------------|--|--|---|
| <b>E-Fuels</b>           | Die EU hat über mehrere Jahre die Novellierung der CO <sub>2</sub> -Flottengrenzwerte verhandelt, die auch ein Ende der Neuzulassung von Pkw mit Verbrennungsmotor bis 2035 beinhaltet. Obwohl sein Ministerium in mehreren Abstimmungsrunden diese Entscheidung mitgetragen hat, blockierte Volker Wissing sie wenige Tage vor der finalen Abstimmung, die eigentlich nur eine Formalie sein sollte. Was folgte war eine mehrwöchige Hängepartie, an deren Ende ein Kompromiss steht, der die Neuzulassung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor nach 2035 ermöglichen soll, sofern sie exklusiv mit E-Fuels betankt werden. Wie dieser Kompromiss technisch und regulatorisch umgesetzt werden soll, ist auch ein halbes Jahr später ungeklärt. | Durch die Blockade der langwierig ausgehandelten EU-Entscheidung hat Volker Wissing dem Ansehen Deutschlands und der E-Mobilität geschadet und das Vertrauen in die EU-Prozesse untergraben. Zudem bremst der Kompromiss die Energiewende. Denn E-Fuels sind nicht, wie von Wissing suggeriert, ein Schritt auf dem Weg in eine bezahlbare Klimaneutralität. Vielmehr sind sie aufgrund ihrer niedrigen Energieeffizienz stets teurer als elektrische Antriebe. Zudem werden sie nur begrenzt zur Verfügung stehen und sollten daher den Bereichen vorbehalten bleiben, in denen es keine Alternative gibt, etwa im Flugverkehr. |  |

### Fazit:

Volker Wissing startet vielversprechend. In einem frühen Interview stellt der neue Verkehrsminister fest, die Zukunft des Autos sei elektrisch, strombasierte Kraftstoffe hätten im Pkw nichts zu suchen. Damit gibt Wissing der Autoindustrie und der Bevölkerung in einer Phase des Umbruchs Richtung und Orientierung. Doch schon einen Tag später kassiert der Minister seine eigenen Aussagen und stimmt das bekannte FDP-Lied von der „Technologieoffenheit“ an. Seither gibt Wissing den Parteisolddaten auf der Linie von FDP-Chef und Finanzminister Christian Lindner. Leicht umsetzbare und von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützte Schritte hin zu mehr Sicherheit und Klimaschutz lehnt Wissing kategorisch ab, etwa eine Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen. Glaubwürdige eigene Vorschläge, wie der Rückstand seines Ressorts beim Klimaschutz verkürzt werden kann, bleibt er schuldig. Von einer deutlich abgeschwächten Novelle des Klimaschutzgesetzes profitiert entsprechend Wissing am meisten. Von sektoraler Verantwortung entledigt, plant sein Ministerium den ungebremsen Bau weiterer klimaschädlicher Autobahnen. Ein versprochener Dialogprozess zur künftigen Infrastruktur verkommt darüber zur Farce. Den größten Erfolg seiner bisherigen Amtszeit, die Einführung des 49-Euro-Tickets, setzt Wissing aufs Spiel, indem er einen kleinkarierten Finanzierungsstreit mit den Ländern vom Zaun bricht. Auch ein Lichtschimmer wie die Lkw-Maut, die künftig statt weiterer Straßen auch die Bahn finanzieren soll, kann diese düstere Zwischenbilanz nicht aufhellen. Auch Wissings Bilanz ist vom Urteil des Bundesverfassungsgericht zum Klima- und Transformationsfonds betroffen. In den Jahren 2024 bis 2027 sollte mit 12,5 Milliarden Euro ein guter Teil der Investitionen in die Bahn aus dem Fonds fließen. Es wäre fatal, wenn diese Finanzierung wegbricht.

**Gesamtbewertung:**





# Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Cem Özdemir (Grüne)

## Topthemen aus dem Koalitionsvertrag

| Was der Koalitionsvertrag verspricht   | Was die Ampel zur Halbzeit davon umgesetzt hat   | Greenpeace-Bewertung  | Ampelfarbe |
|--|--|---|------------|
| <p><b>Fischerei</b></p> <p>S.39, S.47:<br/>           "Zehn Prozent der AWZ werden wir gemäß der EU-Biodiversitätsstrategie streng schützen und dort Zonen frei von schädlicher Nutzung ausweisen."<br/>           „Wir wollen die Grundschleppnetz-Fischerei beschränken und Fangtechniken artenspezifisch anpassen. Zehn Prozent der AWZ werden wir gemäß der EU-Biodiversitätsstrategie streng schützen und dort Zonen frei von schädlicher Nutzung ausweisen.“</p> | <p>Deutschland und das Bundeslandwirtschaftsministerium haben einen EU-Vorschlag zur Einschränkung der Fischerei mit Grundschleppnetzen gebremst.</p>  | <p>Özdemir hat, im Widerspruch zum Koalitionsvertrag, Partei für die Krabbenfischer ergriffen, die in Schutzgebieten Grundschleppnetze einsetzen. Zudem gibt es weiterhin keinen Ausschluss solcher Netze in Meeresschutzgebieten. Vom Ziel, zehn Prozent der Meeresflächen unter strengen Schutz zu stellen, sind wir weit entfernt. Nur unter ein Prozent der Meeresflächen vor den deutschen Küsten ist frei von Nutzung.</p>  |            |
| <p><b>Pestizide</b></p> <p>S. 46:<br/>           „Wir nehmen bis Ende 2023 Glyphosat vom Markt und der Einsatz von Pestiziden soll auf das notwendige Maß beschränkt werden.“</p>  | <p>Die Entscheidung, ob in der EU Glyphosat weiter zugelassen bleibt, ist gefallen: Deutschland hat sich bei der Abstimmung nur enthalten, obwohl im Koalitionsvertrag klar festgelegt ist, dass Glyphosat nicht mehr eingesetzt werden soll. Die EU Kommission wird nun das Pestizid für weitere 10 Jahre zulassen. Ein nationales Anwendungsverbot ist rechtlich kaum umsetzbar. Darüber hinaus sind keine Bemühungen zu erkennen, den Einsatz von Pestiziden zu reduzieren.</p> | <p>Es ist zu begrüßen, dass der Minister bisher den Einsatz von Glyphosat trotz juristischer Drohungen durch die Agrarchemie- Industrie und trotz EU Entscheidung für Deutschland verhindern oder zumindest massiv einschränken will. Völlig unklar aber, wie er den Koalitionsvertrag umsetzen will. Ansonsten gibt es keinerlei erkennbare Aktivitäten zur Pestizidreduktion. Die wichtige EU-Regelung (SUR) findet keine Unterstützung durch das Ministerium und eine nationale Reduktionsstrategie lässt auf sich warten. Ein Exportverbot für besonders gefährliche Pestizide wurde bislang lediglich angekündigt.</p> |            |

| Was der Koalitionsvertrag verspricht   | Was die Ampel zur Halbzeit davon umgesetzt hat   | Greenpeace-Bewertung   | Ampelfarbe  |
|--|--|--|---|
| <p><b>Tierschutz und Fleischkennzeichnung</b></p> <p>S. 43:<br/>„Wir führen ab 2022 eine verbindliche Tierhaltungskennzeichnung ein [...] Wir schließen bestehende Lücken in der Nutztierhaltungsverordnung und verbessern das Tierschutzgesetz.“</p>  | <p>Das Gesetz zur Fleischhaltungskennzeichnung ist im Sommer 2023 verabschiedet worden. Die Vorschläge zur Änderung des Tierschutzgesetzes verzögern sich, sind aber in der Ressortabstimmung. Zu Details der Putenhaltung gibt es einen Referentenentwurf, für Rinder allerdings immer noch nicht.</p>  | <p>Özdemir hat den Tierschutz nicht ausreichend vorangebracht. Er führt die Debatte um ein Ende der Anbindehaltung nicht offensiv und nimmt große Rücksicht auf Bedenken aus Bayern und Baden-Württemberg, die von der Regelung betroffen sind. Dadurch droht das gesamte Vorhaben zu scheitern. Die Fleischkennzeichnung gilt zunächst nur für Schweinefleisch und beinhaltet nicht den Transport und die Schlachtung. Verbraucher können nur schwer erkennen, welche Haltungsstufe besser ist, weil es keine farbliche oder numerische Markierung gibt. Verarbeitete Ware wird nicht gekennzeichnet, ebenso fehlt eine Kennzeichnung in der Gastronomie.</p> |    |
| <p><b>EU-Agrargelder</b></p> <p>S. 44:<br/>„Die aktuelle Architektur [der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)] wird spätestens zur Mitte der Legislaturperiode überprüft und im Sinne der Zielerreichung angepasst.“</p>  | <p>Im Sommer 2022 hat Özdemir auf Druck der Agrarwirtschaft wichtige ökologische Maßnahmen (Fruchtfolge, Brachflächen) ausgesetzt. Die freiwilligen Umweltmaßnahmen in der ersten Säule der GAP wurden seitens der Landwirtschaft nur schlecht angenommen, sodass Gelder in alte Flächenförderung zurückflossen. Im Sommer 2023 gab es in Bezug auf ökologisch wichtige Maßnahmen geringfügige Änderungen. Nun ist beabsichtigt, 2024 eine Weideprämie einzuführen, die aber erst 2025 wirksam wird.</p> | <p>Das Ministerium nutzt bis jetzt seine nationalen Spielräume nicht aus, um die Weidehaltung und Klimaschutzmaßnahmen auf Agrarflächen voranzubringen.</p>  |   |
| <p><b>Waldschutz</b></p> <p>S. 31:<br/>„Durch einen gezielten Waldumbau müssen artenreiche und klimaresiliente Wälder mit überwiegend standortheimischen Baumarten geschaffen werden.“ [...] „Wir stoppen den Einschlag in alten, naturnahen Buchenwäldern in öffentlichem Besitz.“ [...] „Die Wälder im Bundesbesitz sollen mittelfristig mindestens nach FSC- oder Naturland-Standards bewirtschaftet werden.“</p> | <p>Neben einer Reihe an Vorhaben soll das Bundeswaldgesetz novelliert werden. Die finanziellen Anreize für die Forstwirtschaft sollen überarbeitet und im Sinne eines besseren Klimaschutzes angepasst werden.</p>   | <p>Es wurden zwar Fördermittel zugunsten von Klimaschutzmaßnahmen im Wald umgewidmet, klare Bemühungen zur Umsetzung des vereinbarten Moratoriums zum Schutz alter Buchenwälder sind aber nicht erkennbar. In der Novellierung des Bundeswaldgesetzes zeichnet sich bislang weder ein umfassendes Kahlschlagverbot noch eine Behördenermächtigung für die Einschlagkontrolle in Laub- und Laubmischwäldern ab. Genau dies wäre aber für den Schutz von Klima und Biodiversität sowie ökosystembasierte Klimaanpassungen dringend notwendig.</p>  |  |

## Sonstige Themen & Entscheidungen

| Pläne und Entscheidungen | Was passiert ist  | Greenpeace-Bewertung   | Ampelfarbe |
|--------------------------|---|--|------------|
| <b>Agrosprit</b>         | Die Produktion von Agrosprit aus Getreide und Raps steht in Konkurrenz zur Nahrungsmittelerzeugung. Infolge des russischen Angriffskriegs stiegen 2022 weltweit die Getreidepreise stark, was empfindliche Folgen für die Nahrungsmittelversorgung hatte. Özdemir deutet an, deshalb einen Vorschlag aus dem Umweltministerium zu unterstützen, wonach die Agrosprit-Herstellung aus Getreide und Raps zurückgefahren werden sollte, um niedrigere Preise zu erreichen. | Özdemir setzte sich nur halbherzig für den Vorschlag des Umweltministeriums ein, auch aus dem grünen Wirtschaftsministerium kam keine Unterstützung. Dabei sollte die Produktion von Agrosprit aus Nahrungs- und Futtermitteln umgehend auslaufen. |            |
| <b>Neue Gentechnik</b>   | Ein Vorschlag der EU zur Neuregelung liegt seit Frühjahr 2023 vor.  | Bisher gibt es kein klares Bekenntnis des Ministers für eine strenge Kennzeichnung und entsprechende Zulassungsbestimmungen.   |            |

### Fazit:

Mit Cem Özdemir hat ein Politiker das Landwirtschaftsministerium übernommen, dem auch Kritiker kaum vorwerfen, die Materie nicht durchdrungen oder die Bedeutung des Sektors für den Schutz von Klima und Biodiversität nicht verstanden zu haben. Dass seine Bilanz nach zwei Jahren dennoch mehr als durchwachsen ausfällt, ist folglich kein Erkenntnisproblem. Es liegt vielmehr daran, dass sich der Minister weigert, bei heiklen Themen Konflikte auszutragen, sei es bei der Gentechnik, dem Pestizideinsatz, der Verringerung des Nutztierbestands oder der Reduzierung des Konsums tierischer Lebensmittel. Viel zu oft versteckt er sich und bleibt klare Aussagen schuldig, sowohl gegenüber Branchenvertretern als auch in Verhandlungen mit den Koalitionspartnern und auf europäischer Ebene. Özdemir scheut sich offenbar anzuecken. Vielversprechenden Ankündigungen folgen halbherzige Umsetzungsversuche, im Ergebnis versanden sie. Leidtragende sind Klima, Natur, Verbraucher und Tiere, aber auch die Agrarbranche, die so den Weg in eine zukunftsfähige Form des Wirtschaftens verpasst. Der Minister muss sich dringend aus der Deckung wagen!

**Gesamtbewertung:**





# Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz: Steffi Lemke (Grüne)

## Topthemen aus dem Koalitionsvertrag

| Was der Koalitionsvertrag verspricht  | Was die Ampel zur Halbzeit davon umgesetzt hat  | Greenpeace-Bewertung  | Ampelfarbe |
|---|---|---|------------|
| <p><b>Naturschutz</b></p> <p>S. 29:<br/>„Wir wollen die Biologische Vielfalt schützen und verbessern [...]. Dafür bringen wir uns ambitioniert auf internationaler Ebene ein, stärken den Naturschutz und sehen Kooperation mit den Flächennutzern als zentralen Baustein an.“</p>  | <p>Im Dezember 2022 wurde in Montreal ein neues Weltnaturabkommen beschlossen. Eine Naturschutz-offensive zur Umsetzung steht allerdings noch aus.</p>  | <p>Die Verabschiedung des Weltnaturabkommens war auch der deutschen Delegation zu verdanken. Die Finanzausgaben von 1,5 Milliarden Euro für den internationalen Schutz der Artenvielfalt waren ebenfalls ein wichtiges Signal. Die Vereinbarung stärkt Europas Biodiversitätsstrategie und erfordert eine ambitionierte Umsetzung auch in Deutschland. Bisher verschläft es die Bundesregierung jedoch, dies mit Nachdruck anzugehen. Der Naturschutz droht unter die Räder des Infrastrukturausbaus zu geraten. Dabei müssten angesichts des Massensterbens mindestens 30 Prozent der Landflächen vorrangig für Naturschutz zur Verfügung gestellt werden. Vereinfachte Kompensationslösungen sind nicht akzeptabel.</p>     |            |
| <p><b>Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz (ANK)</b></p> <p>S. 38:<br/>„Wir entwickeln ein Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz, mit dem wir Synergien zwischen Natur- und Klimaschutz schaffen, und stärken mit Renaturierungsmaßnahmen die Resilienz unserer Ökosysteme, insbesondere Moore, Wälder, Auen, Grünland sowie marine und Küstenökosysteme, gegen die Klimakrise.“</p> | <p>Das ANK ist mit einem milliardenschweren Etat verabschiedet worden. Förderrichtlinien dazu werden derzeit erarbeitet. Das Ministerium hat es aber versäumt, das Aktionsprogramm mit den notwendigen ordnungsrechtlichen Maßnahmen zu versehen, um den natürlichen Klimaschutz langfristig gesetzlich zu verankern.</p> | <p>Das ANK schafft durch umfassende Förderhilfen positive Pilotprojekte. So werden Erfahrungswerte zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen im ländlichen Raum gewonnen. Dies ist eine begrüßenswerte Initiative, um die notwendige Transformation im Landsektor anzukurbeln. Leider fehlt dem Aktionsprogramm die direkte gesetzliche Verankerung der Maßnahmen, die für eine langfristige Sicherung natürlicher CO<sub>2</sub>-Senken im Sinne des Klimaschutzgesetzes notwendig wären. Es bietet jedoch die Möglichkeit für eine LULUCF-Verordnung, die jetzt dringend auf den Weg gebracht werden sollte. Durch das Urteil des Verfassungsgerichts zum KTF könnte die Finanzierung des ANK in Frage gestellt sein.</p> |            |

| Was der Koalitionsvertrag verspricht  | Was die Ampel zur Halbzeit davon umgesetzt hat   | Greenpeace-Bewertung   | Ampelfarbe |
|---|--|--|------------|
| <b>Mehrweg</b><br>S. 42:<br>„Wir stärken die Abfallvermeidung durch gesetzliche Ziele und ökologisch vorteilhafte Mehrweg-, Rücknahme- und Pfandsysteme sowie Branchenvereinbarungen.“  | Die Novelle des Verpackungsgesetzes ist seit Januar 2023 in Kraft. (Die Mehrwegangebotspflicht wurde schon 2021 verabschiedet.) Im Juli 2023 vorgelegte, gute Eckpunkte zur Gesetzesverschärfung werden bislang von der FDP blockiert. | Die Mehrwegangebotspflicht für „To-go-Lebensmittel“ ist ein echter Gamechanger und weltweit einmalig. Allerdings entfaltet das Gesetz seine Kraft erst, wenn es auf Landesebene umgesetzt wird, was bislang nicht passiert. Zudem müsste es einheitliche Gefäßgrößen geben. Hier wäre eine Vorlage des Ministeriums nötig.   |            |
| <b>Hochseeschutzabkommen</b><br>S. 31<br>„Wir setzen uns für den zügigen Abschluss eines VN-Abkommens zum Schutz der Biodiversität auf Hoher See, für ein international verbindliches Rahmenwerk gegen die Vermüllung der Meere und für die Einrichtung von internationalen Schutzgebieten, insbesondere dem Weddellmeer, ein.“ | Deutschland hat sich auf internationaler Ebene für den Abschluss des Abkommens eingesetzt, es als eines der ersten Länder unterzeichnet und eine rasche Ratifizierung versprochen.   | Deutschland geht mit gutem Beispiel voran, muss sich aber weiter auf nationaler und internationaler Ebene engagieren, unter anderem mit einer schnellstmöglichen Ratifizierung sowie mit Vorschlägen und Förderungen erster Hochseeschutzgebiete.  |            |
| <b>Klimaanpassung</b><br>S. 32:<br>„Mit einem Klimaanpassungsgesetz schaffen wir einen Rahmen, um gemeinsam mit den Ländern eine nationale Klimaanpassungsstrategie.“   | Die Bundesregierung hat ein Klimaanpassungsgesetz sowie eine neue Wasserstrategie vorgelegt und verabschiedet.   | Das Gesetz schafft endlich Verbindlichkeit auf allen Ebenen, um Strategien und Pläne für eine verbesserte Klimaanpassung zu gewährleisten. Dies ist angesichts immer stärkerer Auswirkungen der Klimakrise wichtig. Die Rolle der Ökosysteme wurde dabei leider nicht ausreichend berücksichtigt. Dabei wäre etwa der Schutz von Wäldern elementar für den Hitzeschutz und die Regenerationsfähigkeit der Wasserkreisläufe. Leider verschafft auch die Wasserstrategie dem Schutz von Laub- und Laubmischwäldern nicht mehr Beachtung. |            |

### Fazit:

Steffi Lemke ist der Lichtblick im Kabinett von Olaf Scholz, was nicht zuletzt an ihrem Stil und politischem Handwerk liegt. Die frühere Umweltaktivistin drängt nicht mit ätzender Kritik an den Koalitionspartnern in die Öffentlichkeit, wie es in der Ampelregierung oft üblich ist, sondern arbeitet die durchaus ambitionierten Beschlüsse des Koalitionsvertrags in ihrem Bereich im Hintergrund ab. Die vielleicht größte Errungenschaft ist dabei die Verabschiedung des Weltnaturabkommens von Montreal, an dessen Zustandekommen die deutsche Delegation einen starken Anteil hatte. Nun wird es darauf ankommen, dessen Ziele auf der nationalen Ebene zu verankern und sich dabei gegen Ansprüche anderer Ressorts zu verteidigen, insbesondere mit Blick auf den ausufernden Ausbau der Straßeninfrastruktur. Abzuwarten bleibt, ob Lemke aus ihrer Partei und vom grünen Vizekanzler ausreichend Rückendeckung bekommt, um ihre ambitionierte Umweltpolitik mitsamt eines verbesserten Umweltrechts durchzusetzen. Auch in anderen Bereichen müssen guten ersten Schritten des Ministeriums weitere folgen, um die Erfolge zu konsolidieren. Das gilt etwa für die Schaffung von Hochseeschutzgebieten oder eine Vorlage zu Mehrweggefäßen, an der sich die Bundesländer orientieren können.

### Gesamtbewertung:





# Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen: Klara Geywitz (SPD)

## Topthemen aus dem Koalitionsvertrag

| Was der Koalitionsvertrag verspricht   | Was die Ampel zur Halbzeit davon umgesetzt hat   | Greenpeace-Bewertung   | Ampelfarbe |
|--|--|--|------------|
| <p><b>Gebäudeenergiestandards</b></p> <p>S. 90:<br/>„Zum 1. Januar 2024 werden für wesentliche Ausbauten, Umbauten und Erweiterungen von Bestandsgebäuden im GEG die Standards so angepasst, dass die auszutauschenden Teile dem EH 70 entsprechen; im GEG werden die Neubau-Standards zum 1. Januar 2025 an den KfW-EH 40 angeglichen.“</p> | <p>Während die GEG-Novelle deutliche, wenn auch nicht ausreichende, Verbesserungen beim Thema Heizung auf den Weg gebracht hat, gibt es beim Thema Wärmedämmung bisher keine substantiellen Weiterentwicklungen durch die Ampel. Im Gegenteil: Die Förderbedingungen für energetische Sanierungen wurden weniger attraktiv ausgestaltet und die Förderraten teils drastisch gekürzt. Zudem sprach sich Geywitz vor dem Wohnungsbaugipfel der Bundesregierung im September 2023 gegen die im Koalitionsvertrag vereinbarte Verschärfung des Effizienzstandards auf EH-40 aus, was in Folge auch Position der Bundesregierung wurde.</p> | <p>Die seit Jahrzehnten verschlafene Wärmewende wäre ein zentraler Baustein der Energiewende. Von dringend nötigen Verbesserungen bei den Gebäudeenergiestandards hat sich Geywitz und mit ihr die die Ampel allerdings verabschiedet. Ein klimaneutraler Gebäudebestand im Jahr 2045 ist auf diesem Weg nicht zu erreichen.</p> |            |
| <p><b>EU-Gebäudeenergiestandards im Rahmen des Fit for 55 Pakets</b></p> <p>S. 90:<br/>„In den Verhandlungen über das EU-Programm „Fit for 55“ unterstützen wir die Vorschläge der EU-Kommission im Gebäudesektor.“</p>  | <p>Geywitz hat sich wiederholt gegen eine Pflicht zur energetischen Sanierung im Rahmen der vorgeschlagenen Gebäudeeffizienzrichtlinie ausgesprochen. Eine Zustimmung zu den Vorschlägen der EU-Kommission ist unwahrscheinlich.</p>   | <p>Die zügige Sanierung von Bestandsgebäuden ist elementar, um die Emissionen im Gebäudebereich zu senken. Anders bleiben die Klimaziele in diesem Sektor unerreichbar.</p>  |            |

## Fazit:

Zum teils katastrophalen Bild der Ampelregierung hat wesentlich der öffentlich zelebrierte Streit zwischen den Koalitionspartnern um das Gebäudeenergiegesetz beigetragen. Vor allem das Ansehen der Grünen hat darunter gelitten. Dabei handelte es sich um einen gemeinsamen Gesetzesentwurf des grünen Wirtschafts- und Klimaschutzministeriums und des Bauministeriums von Klara Geywitz (SPD). Doch als es darum ging, das für Deutschlands Klimaziele essenzielle Gesetz zu verteidigen, ist die Ministerin weitgehend abgetaucht. Die Verwässerung des Gesetzes im politischen Prozess und die folgenschwere Verzögerung der Wärmewende sind deshalb auch ihr anzulasten. Das ist allerdings nicht das einzige Versäumnis. Geywitz hat sich im Widerspruch zu den Ankündigungen des Koalitionsvertrags gegen verbesserte Neubaustandards in Deutschland und wirksame Sanierungsstandards auf europäischer Ebene geäußert. Damit torpediert sie nicht nur Fortschritte auf einer der größten Baustellen der europäischen Energiewende. Sie mutet künftigen Mieter:innen schlecht gedämmter Wohnungen und Häuser auch unnötig hohe Energiekosten zu.

**Gesamtbewertung:**





# Bundesministerium der Verteidigung: Boris Pistorius (SPD)

## Topthemen aus dem Koalitionsvertrag

| Was der Koalitionsvertrag verspricht  | Was die Ampel zur Halbzeit davon umgesetzt hat  | Greenpeace-Bewertung   | Ampelfarbe |
|---|---|--|------------|
| <p><b>Kampfflugzeuge</b></p> <p>S. 118:<br/>„Wir werden zu Beginn der 20. Legislaturperiode ein Nachfolgesystem für das Kampfflugzeug Tornado beschaffen.“</p>  | <p>Die Luftwaffe plant, das Kampfflugzeug F-35 als Nachfolger des Modells Tornado zu beschaffen.</p>  | <p>Die Beschaffung der F-35 wird vorangetrieben, doch dieses Flugzeug soll Atombomben tragen. Im Ernstfall müssten deutsche Pilot:innen sie abwerfen. Zudem ist die F-35 ein unausgereiftes Modell, das zu einem technischen, finanziellen und politischen Fiasko werden kann: Einer Studie im Auftrag von Greenpeace zufolge weist das Flugzeug zehn Jahre nach seiner Entwicklung noch Hunderte Mängel auf.</p>  |            |
| <p><b>Modernisierung des Beschaffungswesens</b></p> <p>S. 148:<br/>„Wir richten die Schwerpunkte bei der Beschaffung der Bundeswehr strategisch aus und modernisieren das Beschaffungswesen und seine Strukturen.“</p>  | <p>Das Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetz wurde im vergangenen Jahr verabschiedet. Zudem wurde die Beschaffung auf administrativer Ebene gestrafft (Zimmer-Erlass).</p>  | <p>Im besten Fall beschleunigen die Maßnahmen die Beschaffung. Doch eine höhere Kosteneffizienz ist damit ebenso wenig verbunden wie eine Ausrichtung an militärstrategischen Prioritäten. Die Bundeswehr wird auch künftig zu teuer, ineffizient und teils an den militärischen Notwendigkeiten vorbei ausgestattet.</p>  |            |
| <p><b>Militärausgaben</b></p> <p>S. 114:<br/>„Wir wollen, dass Deutschland im Sinne eines vernetzten und inklusiven Ansatzes langfristig drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in internationales Handeln investiert, so seine Diplomatie und seine Entwicklungspolitik stärkt und seine in der NATO eingegangenen Verpflichtungen erfüllt. Wir wollen die Ziele des Gesetzes über den Auswärtigen Dienst erreichen.“ [...] „Wir richten die Schwerpunkte bei der Beschaffung der Bundeswehr strategisch aus und modernisieren das Beschaffungswesen und seine Strukturen.“</p> | <p>Die Ampel plant, den Etat des Auswärtigen Amtes für humanitäre Hilfsmaßnahmen um eine Milliarde Euro, also gut ein Drittel, zu kürzen. Auch der Etat für Krisenprävention, Stabilisierung und Friedensförderung sowie Klima- und Sicherheitspolitik soll um 27 Prozent gekürzt werden. Zugleich hat die Bundesregierung ein Sonderaufrüstungsprogramm in Höhe von 100 Milliarden beschlossen. Zudem haben sich die NATO-Mitgliedsstaaten auf eine Verschärfung des Zwei-Prozent-Ziels verständigt (2 Prozent + X).</p> | <p>Die Verpflichtung auf das Zwei-Prozent-Ziel, das mit dem Sondervermögen in etwa erreicht wird, entspricht nicht dem Koalitionsvertrag. Dort war lediglich von einer langfristigen Einhaltung der Nato-Verpflichtungen die Rede sowie von einer Stärkung der Diplomatie und der Entwicklungszusammenarbeit. Für die beiden letzten Punkte hat die Ampel im Haushalt jedoch keine entsprechenden Mittel eingestellt. Das Sondervermögen für die Bundeswehr entspricht rund fünf Prozent der jährlichen Militärausgaben weltweit. Das bedeutet, dass Deutschland maßgeblich an der globalen Aufrüstungsspirale mitwirkt. Die parallelen Kürzungen auf humanitärer Ebene sind fatal. Der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe hat berechnet, dass allein für die aktuelle Legislaturperiode 31,2 Milliarden Euro für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe fehlen, wenn wichtige Zielmarken erreicht werden sollen.</p> |            |

## Fazit:

Boris Pistorius, der als Nachfolger von Christine Lambrecht Anfang 2023 das Verteidigungsministerium übernahm, ist Deutschlands derzeit beliebtester Politiker. Er hat es verstanden, Tatkraft und Entschlossenheit zu demonstrieren und Aufbruchsstimmung zu erzeugen. Doch er hat sich mutmaßlich übernommen. Erste große Projekte sind ins Wanken geraten, etwa die Beschaffung von Funkgeräten oder die angekündigte dauerhafte Verlagerung einer Brigade nach Litauen, die aus personellen und finanziellen Gründen stockt. Dass seine Bilanz zur Halbzeit der Legislaturperiode überwiegend negativ ausfällt, hat allerdings einen anderen Grund: Pistorius steht mit seiner Forderung nach immer mehr Geld für die Bundeswehr und Entscheidungen wie der Beschaffung des Kampfflugzeugs F 35 wie kein zweiter in der Ampel für die Fokussierung auf das Militärische. Sie dominiert die gesamte deutsche Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik. Auf der anderen Seite werden die mindestens ebenso wichtigen Ausgaben für die Krisenprävention und die Friedensförderung massiv gekürzt.

**Gesamtbewertung:**

